



Positionspapier im Ergebnis des 6. Niedersächsischen Stahldialoges am 02. September 2024

Die Stahlindustrie ist mit ihren rund 80.000 Beschäftigten und einer jährlichen Rohstahlerzeugung von rund 35 Mio. Tonnen eine wichtige Schlüsselbranche in Deutschland nicht nur in Hinblick auf die komplexe industrielle Wertschöpfungstiefe, sondern sie ist zugleich überaus erfolgskritisch für das nachhaltige Gelingen der industriellen Transformation. Durch die Dekarbonisierung der Stahlindustrie lassen sich rund 30 Prozent der CO₂-Emissionen in der Industrie einsparen.

Im Rahmen des 6. Niedersächsischen Stahldialoges am 02. September 2024 wurde die Wichtigkeit des Dreiklangs von Markt-, Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit hervorgehoben. Es wurden gemeinschaftlich folgende Positionen der Unternehmen, Verbände und der Politik beim Dialog festgehalten:

Marktfähigkeit:

- Die hohen Energiekosten, insbesondere die nahezu verdoppelten Übertragungsnetzentgelte, belasten die Stahlindustrie derzeit und wohl auch dauerhaft stark. Im internationalen Vergleich sind die deutschen Börsenstrompreise nicht wettbewerbsfähig. Erforderliche Investitionen in die Transformation, die häufig mit einer Elektrifizierung industrieller Prozesse auch in anderen Branchen einhergehen, werden hierdurch verschoben oder ausgesetzt. Um die Marktfähigkeit wiederherzustellen, sollte der weggefallene Stabilisierungszuschuss für die Übertragungsnetzentgelte wiedereingeführt werden. Zudem ist es erforderlich, den Transformationsbedingen Kostenanteil aus den Netzentgelten herauszulösen und staatlich zu finanzieren, um die Transformationsbemühungen der Unternehmen attraktiver zu gestalten. Ziel muss es sein, die Kreisläufe in der Wirtschaft schnellstmöglich zu beleben.
- Die Strompreiskompensation sollte für eine langfristige Planungssicherheit über 2030 hinaus fortgeführt werden und darf nicht weiter abgeschmolzen werden. Zudem sollte die Stromsteuersenkung, wie von der Bundesregierung angekündigt, dauerhaft entfristet werden.
- Klimafreundliche Power Purchase Agreements (PPA, individuell ausgehandelte, langfristige Stromlieferverträge) für die Industrie sollten staatlich unterstützt werden – unter anderem durch staatliche Risiko-Absicherungen und den Wegfall der Netzentgelte auch bei größeren Entfernungen der Erneuerbare-Energien-Anlage zum Industriestandort.

Wettbewerbsfähigkeit:

- Die Niedersächsische Stahlindustrie ist sich ihrer Verantwortung beim Transformationsprozess bewusst und hat sich bereits auf den Weg gemacht. Zur Umsetzung dieses investitionsintensiven Prozesses werden jedoch faire und verlässliche Rahmenbedingungen gefordert.
- Es müssen wettbewerbsfähige Energie- und Strompreise alsbald geschaffen werden. Hierfür ist der Ausbau der erneuerbaren Energien sowie der entsprechenden Infrastruktur erforderlich. Auch ein beschleunigter Hochlauf des Wasserstoffmarktes, insbesondere die Verfügbarkeit von Wasserstoff in ausreichenden Mengen zu wettbewerbsfähigen Preisen, ist dringend notwendig. In Anbetracht der im Vergleich niedrigeren Strompreise des



europäischen und außereuropäischen Wettbewerbsumfeldes sollten weiterhin Möglichkeiten zur Einführung eines Industriestrompreises in Deutschland diskutiert werden.

- Ein Außenhandelsschutz u. a. durch CBAM (Carbon Border Adjustment Mechanism) als ein zentraler Bestandteil des „European Green Deal“ und Instrument des Carbon Leakage Schutzes sollte auf weiterverarbeitete Stahl- und Folgeprodukte sowie auf Exporte ausgeweitet werden, um Umgehungsstrategien außereuropäischer Marktteilnehmer zu verhindern. Das derzeitige CBAM schützt zu wenige Stufen der europäischen Wertschöpfungskette, sodass massive Produktionsverluste drohen.
- Die weltweiten Stahlüberkapazitäten von rund 600 Millionen Tonnen belasten durch vielfach unfaire Importe den europäischen Stahlmarkt und die Profitabilität der Unternehmen hierzulande. Die bisherigen Sicherungsmaßnahmen, wie das EU-Schutzklauselregime (Safeguards) und Handelsschutzmaßnahmen, reichen nicht aus, um die Industrie adäquat vor unfairen Importen zu schützen. Ein dauerhafter und effektiver Einfuhrstabilisierungsmechanismus muss das Safeguard spätestens bis zum 30.06.2026 ablösen und so die Transformation handelspolitisch absichern. Weitere Regulierungsmaßnahmen sollten für eine verbesserte Wirksamkeit im Dialog mit der Industrie entwickelt werden, um für faire Marktbedingungen zu sorgen.
- Förderprogramme, wie die Klimaschutzverträge oder die Bundesförderung für Industrie und Klimaschutz, haben das Ziel, Unternehmen bei der Errichtung und Betreuung klimafreundlicher Produktionsanlagen zu unterstützen und so die Dekarbonisierung der Industrie voranzutreiben und finanziell abzusichern. Die aktuellen Programme weisen jedoch einen hohen bürokratischen Aufwand sowie unrealistische Antragshürden und Zielvorgaben auf, welche beispielsweise durch eine unzureichende Wasserstoffinfrastruktur nicht umsetzbar sind. Bei den Klimaschutzverträgen und der Bundesförderung für Industrie und Klimaschutz sollten Einstiegshürden daher gesenkt, Zielvorgaben für CO₂-Einsparungen realistisch angepasst und Bürokratie abgebaut werden.

Zukunftsfähigkeit:

- Die Herstellung von CO₂-armem Stahl ist die Zukunft der Stahlindustrie. Mit dem von der Industrie in Abstimmung mit dem BMWK entwickelten Kennzeichnungssystem LESS (Low Emission Steel Standard) zur Einstufung und Berechnung von CO₂-arm hergestelltem Stahl ist die deutsche Stahlindustrie hier weltweit Vorreiter. Diesen wichtigen Schritt gilt es jetzt zügig zu nutzen und mit nächsten Schritten zur Etablierung „Grüner Leitmärkte“ auszubauen.
- Um diese Etablierung „Grüner Leitmärkte“ für Stahlprodukte zu unterstützen, sollten zum einen bei der Öffentlichen Auftragsvergabe Anreize zur Nutzung von CO₂-armem Stahl nach dem LESS-Kennzeichnungssystem gegeben werden. Daneben sollten Regelungen zur verstärkten Nutzung von European Content bei Öffentlichen Beschaffungen und Ausschreibungen sowie bei Förderprogrammen verfolgt werden. Zum anderen müssen auch andere Zielmärkte für Stahl – beispielsweise der Mobilitätsbereich – mit dafür geeigneten, weiteren Instrumenten zur staatlichen Flankierung konkret und möglichst bald in den Blick genommen werden.

- Das Land Niedersachsen plant „Grüne Leitmärkte“ zukünftig in geeigneter Form im Rahmen der Niedersächsischen Verwaltungsvorschriften zur Nachhaltigen Beschaffung zu berücksichtigen.
- Die in dem Positionspapier aufgeführten Maßnahmen sind nicht nur für die Stahlindustrie von wesentlicher Bedeutung, sondern auch für andere Industriebranchen existenziell bedeutend und grundsätzlich analog anwendbar. Ein Dialogformat der Industriebranchen kann gemeinsame Maßnahmen und Ziele aufzeigen. Der von der Stahlindustrie aufgeführte Weg zu einer klimafreundlichen Produktion durch „Grüne Leitmärkte“ kann und sollte auch für andere Grundstoffindustrien zukunftsweisend und Vorbild gebend sein.

